

Übersicht

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) Der französische Außenminister in Peking

Am 19.11.1975 ist der französische Außenminister Sauvagnargues in Peking zu einem offiziellen Besuch eingetroffen. Seitdem beide Staaten im Jahre 1964 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten, galt das bilaterale Verhältnis als "exzellent". Zu den französischen Besuchern in Peking gehörten Außenminister Schumann im Jahre 1972 und der frühere Präsident Georges Pompidou (1973). Teng Hsiao-p'ing erwiderte im November 1974 die Visite in Frankreich. Bisher ist dies der einzige Besuch eines Politikers höchsten Ranges in einem westeuropäischen Staat gewesen. Nunmehr plant auch Präsident Giscard d'Estaing einen Besuch in China, wahrscheinlich 1976 (Le Monde, 19.11.1975).

Bei den politischen Gesprächen stand die Frage der Haltung gegenüber der Sowjetunion im Vordergrund. Für Paris wie für Peking ist ja die nationale Unabhängigkeit oberstes Dogma. So kommt es, daß die französischen Liberalen und die Chinesen häufig die gleichen Analysen der internationalen Szene anstellen. Was allerdings die Frage der Entspannung anbelangt, so laufen die Bewertungen auseinander: China findet jede Form von Entspannung illusorisch, für den französischen Außenminister dagegen ist Entspannung ein Mittel, kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Ost und West zu verhindern. Ähnlich wie der deutsche Bundeskanzler mußte er deshalb eine Lanze für die Entspannung in Peking brechen.

Daneben kamen Fragen des Außenhandels zur Sprache. Frankreich ist hinter Japan, den USA, der Bundesrepublik, Canada, Australien und Großbritannien der siebtwichtigste Handelspartner der Volksrepublik.

Gerüchte, daß China daran interessiert sei, eine größere Anzahl von Mirage-Düsenjägern zu kaufen, sind nicht bestätigt worden (zu diesem Thema Radio Prag vom 19.11.1975 in BPA, Ostinfo, 20.11.1975, S.33).

Sauvagnargues fünftägiger Besuch gilt aber insbesondere der Vorbereitung der für das kommende Jahr vorgesehenen Reise von Präsident Giscard d'Estaing nach China. Zu diesem Zweck konferierte er mit dem chinesischen Außenminister Ch'iao Kuan-hua (NCNA, 20.11.1975), mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing sowie mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien (NCNA, 21.10.1975).

(2) "Intensivierung der Supermächterivalität um Island"

NCNA vom 30.10.1975 berichtet, daß die USA auf Island in der Nähe von Keflavik im Südwesten der Insel eine bedeutende Militärbasis, auf der an die 3000 amerikanische Soldaten stationiert seien und von wo aus US-Flugzeuge den Atlantik kontrollieren könnten, unterhielten.

Die Sowjetunion ihrerseits richte sich darauf ein, im Ernstfall die amerikanischen Verbindungen zu den westeuropäischen Ländern abzuschneiden, und habe deshalb ihre maritimen Vorposten bis nach Grönland, Island und zu den nordatlantischen Gewässern zwischen Faröer-Inseln und Norwegen vorgeschoben. Flankiert werde dieses Vorhaben durch eine Reihe von Marinemanövern und durch intensive Spionagetätigkeit in Osland (die sowjetische Botschaft in Reykjavik umfasse mehr als 83 Personen). Schließlich versuche die Sowjetunion, prosovjetsche Kräfte anzuwerben, um Island "in politischer als auch in kultureller Hinsicht zu infiltrieren".

(3) Franco, Juan Carlos und Peking

Chu Te, Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses der VR China - und damit de facto Staatspräsident - sandte am 21. November an den Präsidenten des Regent-schaftsrates des spanischen Staates ein Beileidstelegramm mit folgendem Inhalt: "Aus Anlaß des Hinscheidens seiner Exzellenz, Francisco Franco, Staatschef Spaniens, möchte ich mein Beileid zum Ausdruck bringen" (NCNA, 2.11.1975). In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Komitees des NVK, Hsü Hsiang-ch'ien, gegenüber dem spanischen Botschafter in Peking (NCNA, 22.11.1975).

Desgleichen sandte Chu Te folgendes Glückwunschtelegramm an den neuen König von Spanien, Juan Carlos I: "Anläßlich Ihrer Proklamierung zum König von Spanien möchte ich meine Glückwünsche zusammen mit den Wünschen für eine weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Spanien und der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zum Ausdruck bringen" (NCNA, 23.11.1975).

Pekings Haltung zu Spanien ist vorerst noch nicht genau definiert. Man will sich aber auf alle Fälle den Weg nach Madrid freihalten.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) Zum Freundschaftsvertrag Sowjetunion - DDR

Peking verurteilt den zwischen der DDR und der Sowjetunion abgeschlossenen neuen "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" als Versuch der Breschnew-Clique, Deutschland auf ewig gespalten zu halten.

Zwei Tage vor dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in China bezeichnete Hsinhua (NCNA, 26.10.75 u. PRu 1975, Nr.45 S.13 f.) den neuen Freundschaftsvertrag zwischen Ostberlin und Moskau vom 7. Oktober 1975 als einen "weiteren Versuch der sowjetischen Sozialimperialisten, unter dem Deckmantel der von ihnen auf der Europäischen Sicherheitskonferenz angepriesenen trügerischen Spannungen in Europa aggressiv und expansiv werden zu können." Der Vertrag enthülle "ganz und gar den heuchlerischen Charakter der sowjetischen Revisionisten. Nach der Europäischen Sicherheitskonferenz hatte es die Breschnew-Clique eilig, den Vertrag mit Ostdeutschland zu unterschreiben, um den militärischen Vorposten der Sowjetunion an der Westgrenze zu konsolidieren ...". Noch im Schlußdokument der KSZE habe Moskau "in heuchlerischer Weise eingewilligt, den Satz aufzunehmen, daß 'Grenzen im Einklang mit dem Völkerrecht und auf friedlichem Wege geändert werden können', aber schon jetzt, da die Völker den Gipfel noch frisch in Erinnerung haben, kennen die (sowjetischen Revisionisten) bereits keine Skrupel mehr, mit Ostdeutschland den Vertrag zu unterzeichnen, der ihren finsternen und doppezüngigen Charakter voll und ganz entlarvt. Dieser neue Vertrag unterstreicht 'die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen in Europa' und die 'Unabänderbarkeit des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg.'" Der neue Vertrag enthält u.a. folgende Klausel: "Sollte eine der hohen vertragschließenden Parteien Gegenstand eines bewaffneten Angriffs seitens eines Staates oder einer Gruppe von Staaten sein, so hat die andere hohe vertragschließende Partei unverzüglich jede Art von Unterstützung, einschließlich militärischer Unterstützung, zu leisten." Auf diese Weise sei "Ostdeutschland gezwungen, der sowjetischen Aggressions- und Expansionspolitik zu dienen. Westlichen Presseberichten zufolge sind von den 500.000 sowjetischen Soldaten in Mitteleuropa über 350.000 in Ostdeutschland stationiert ... um über Europa zu gebieten, möchten die sowjetischen Revisionisten Deutschland ewig geteilt halten. Die öffentliche Meinung der Welt hat von der Tatsache Kenntnis genommen, daß es in einer Bestimmung des alten, 1964 auf 20 Jahre unterzeichneten sowjetisch-ostdeutschen Vertrages heißt: 'Die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, vereinten deutschen Staates kann nur durch Verhandlungen auf gleicher Grundlage und durch Übereinstimmung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten erzielt werden'. Der neue Vertrag jedoch erwähnt 'einen vereinten deutschen Staat' überhaupt nicht. Eine westliche Nachrichtenagentur wies darauf hin, daß dies signalisiere, daß der Kreml 'handeln würde, um jeden Schritt auf eine Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands hin zu verhindern'."

In dem Kommentar heißt es weiter: "Das deutsche Volk hat unter der langen Teilung nach dem Kriege mehr als genug gelitten, und es sehnt sich natürlich nach Verwirklichung der Wiedervereinigung Deutschlands, wofür es seit Jahren zusammen gekämpft hat ... Aber die sowjetischen Revisionisten haben es dringend nötig, ihre Kontrolle über Osteuropa zu festigen, um

ihre Stellung in der Rivalität mit dem US-Imperialismus in Westeuropa zu stärken".

Pekinger politische Beobachter weisen in diesem Zusammenhang auf die wiederholte chinesische Feststellung hin, daß die Teilung Deutschlands 30 Jahre nach dem Krieg anomal sei. Peking erklärt: "Das chinesische Volk weiß die breiten Massen des deutschen Volkes genau von einer Handvoll Faschisten zu unterscheiden. Wir sind gegen eine willkürliche Praxis, die dem deutschen Volk die Verantwortung für den Angriffskrieg zuschreibt".

Bereits am 28. Oktober zitierte DDR-Außenminister Oskar Fischer den chinesischen Botschafter in Ostberlin ins Außenministerium, um Proteste gegen den Hsinhua-Artikel anzumelden. Solche Ausführungen müßten als völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen sozialistischen DDR gewertet werden.

Die in der DDR erscheinende Berliner Zeitung warf in einem Kommentar unter der Überschrift 'Schützenhilfe für Kalte Krieger' den "Pekinger Führern" vor, sie hätten mit ihrer Stellungnahme offen Partei für revanchistische Tendenzen in der Bundesrepublik genommen und sich an die Seite der "reaktionärsten entspannungsfeindlichen Kräfte" gestellt. Besonders empört zeigt sich die Berliner Zeitung darüber, daß die DDR nicht mit ihrem korrekten Namen, sondern als "Ostdeutschland" bezeichnet wurde. Dies sei ein Begriff, der sonst nur von den "Revanchisten" in der Bundesrepublik gebraucht werde (vgl. C.a. November 1975, Yu-hsi Nieh: "China und die Ost-West-Entwpannung").

(5) "Militarisierung der sowjetischen Volkswirtschaft"

Hsinhua (NCNA, 20.11.75) verweist auf folgende Fakten:

- Die militärischen Ausgaben der Sowjetunion seien von Jahr zu Jahr gestiegen: Zwischen 1961 und 1965 durchschnittlich jährlich um 9 %, von 1966 bis 1970 rd. 11 % und in den Jahren 1971 bis 1974 nicht weniger als 11,9 %. Die Militärausgaben des Jahres 1974 hätten nahezu das Vierfache derer von 1960 ausgemacht. Die gleiche Steigerung weise der Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen auf: 13,6 % in 1960, 17,1 % in 1970 und 19,6 % in 1974. Der letztere Prozentsatz sei in etwa der gleiche wie der Hitler-Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und habe selbst den relativen Stand des US-Imperialismus zur Zeit seiner Aggressionskriege in Korea und in Vietnam sowie in der heutigen Zeit erheblich übertroffen.

- In den letzten Jahren hätten sich die Kreml-Bosse immer mehr an die kapitalistischen Industrieländer wenden müssen, um erhebliche Kredite, modernes Know-how sowie Geräte und Getreide zu erhalten. Auf diese Weise möchten sie mit den "unwirkbaren Konsequenzen einer militarisierten Wirtschaft fertig werden und ihre Energien ankurbeln, um so das Wettrüsten ... weiterzubetreiben".

- Erweitert worden sei vor allem das sowjetische Arsenal an nuklearen und konventionellen Waffen. Trotz bilateraler Stillhalteabmachungen hätten die Supermächte immer weiter aufgerüstet. 1962 hätten die USA über 294 interkontinentale ballistische Raketen, die Sowjetunion dagegen über 75, verfügt. 1969 sei dagegen das Verhältnis schon 1054 : 1050 und 1975 bei 1054 : 1618 (564 mehr als die USA!) angestiegen. In den 13 Jahren von 1962 bis 1975 habe man also ein Ansteigen der

sowjetischen Interkontinentalraketen um das Zweiundzwanzigfache zu verzeichnen, womit Moskau siebenmal so rasch aufgerüstet habe wie Washington, auch nuklear habe die Sowjetunion nichts unversucht gelassen; um den Vorsprung der USA aufzuholen, habe sie seit 1972 die Versuchsproduktion und die Verwendung von vier neuen Raketentypen forciert und ihre Raketen mit mehreren Sprengköpfen ausgerüstet, die unabhängig voneinander ins Ziel gebracht werden können.

- In den letzten 10 Jahren sei ferner die Gesamttonnage der sowjetischen Kriegsmarine verdoppelt worden.

- Was schließlich die Zahl von strategischen Bombern anbelange, so besitze Moskau heute eine überwältigende Überlegenheit über die USA hinsichtlich konventioneller Kampfflugzeuge.

- Auch in Bezug auf die Landstreitkräfte seien die USA in der Zwischenzeit überflügelt worden: So verfüge die Sowjetarmee jetzt z.B. über 40.000 Panzer, während die USA nur 10.000 zur Verfügung hätten. Vor allem seien die sowjetischen Streitkräfte auch zahlenmäßig gewachsen. Immer häufiger würden militärische Großmanöver, u.a. auch zusammen mit den Truppen des Warschauer Pakts, abgehalten.

- Auch der Überbau komme nicht zu kurz: Über alle möglichen Kanäle propagierten die sowjetischen neuen Zaren intensiv Militarismus und russischen Chauvinismus, um unter der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, eine Kriegspsychose zu schüren.

NORDAMERIKA

(6) Soll China amerikanische Waffen erhalten?

Angeblich ist die Volksrepublik China daran interessiert, von den USA Militärmaterial geliefert zu bekommen, um sich gegen einen möglichen Angriff der Sowjetunion zu schützen. Entsprechende Wünsche habe der Stellvertretende chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing seinem Gesprächspartner Außenminister Kissinger bei dessen jüngstem Peking-Besuch (Oktober 1975) vorgetragen. China brauche von den USA hochmoderne Waffensysteme, um Luftwaffenstützpunkte und Raketenbasen vor einem denkbaren Überraschungsschlag sowjetischer Atombomber zu schützen, die nahe der Grenze zu China stationiert seien.

Erst kürzlich hat ein Angestellter der Rand Corporation, der Militäranalytiker Michael Pillsbury, in einem Zeitschriftenartikel Präsident Ford zur Ausgabe von Exportlizenzen für Waffenlieferungen an China aufgefordert. Im einzelnen nannte Pillsbury Radarsysteme und Kameras für die Luftaufklärung. War dieser Artikel als Versuchsballon für die amerikanische Öffentlichkeit gedacht?

Aus dem Kongreß verlautet ferner, 1969 habe der US-Geheimdienst erkundet, daß die Sowjets mit hunderttausend Mann eine Luftlandeaktion gegen chinesische Nukleareinrichtungen planten. Es habe eine Krisenberatung im Weißen Haus stattgefunden. Da es zu dieser Zeit noch keine offiziellen Verbindungen mit Peking gegeben habe, sei die Sowjetunion durch die US-Regierung gewarnt worden, daß jeder Angriff gegen China als ein Akt betrachtet würde, der zu einem neuen Weltkrieg führen könne. Kurz danach sei der sowjetische Ministerpräsident Kossigyn zu einem Treffen mit Chou En-lai nach Peking gereist, und die Spannungen hätten nachgelassen (SZ, 20.11.75).

Ob diese Berichte zutreffen oder ob sie als Nachweis der zur Zeit schwer bedrängten Geheimdienste für ihre Unentbehrlichkeit dienen sollen, ist eine nicht zu beantwortende Frage.

LATEINAMERIKA

(7) Lateinamerika-Politik als wichtiger Beitrag zum "Dialog zwischen Zweiter und Dritter Welt"

Kommentar der Hsinhua (NCNA, 22 und 23.11.75): "Die Außenminister von Peru und der Bundesrepublik Deutschland teilen die Auffassung, daß die Entwicklungsländer nicht bloß als Lieferanten von Rohstoffen und Energieressourcen betrachtet werden dürfen ... Der Besuch Genschers in Lima ... endete mit dem Abschluß von drei Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ... Außenminister Genscher machte deutlich, daß die Außenpolitik seines Landes auf eine echte Zusammenarbeit zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Vermeidung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht ausgerichtet sei".

Ähnlich positiv hatte sich Peking bereits zum Abschluß der deutsch-brasilianischen Nuklearaustauschverträge geäußert. Auch die Besprechungen des Außenministers in Caracas fanden eine ähnliche Beurteilung (NCNA, 26.11.75). Genscher habe dort geäußert: "Wir dürfen in den Entwicklungsländern nicht lediglich Lieferanten von Erdöl und anderen Rohstoffen sehen, sondern müssen bereit sein, von ihnen Fertig- und Halbfertigwaren zu beziehen". Genscher fuhr fort: "Wichtig ist auch, daß wir unsere Märkte für Produkte der Dritten Welt öffnen". In Einklang mit seiner Außenpolitik, erklärte Genscher, sei sein Land gegen alle Maßnahmen zur Ausübung von wirtschaftlichem Druck als einer Methode zur Ausübung politischen Drucks. Der Minister verlieh weiter dem Wunsch nach engeren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Venezuela Ausdruck."

(8) Peking begrüßt die Schaffung des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems SELA

Anfang November haben mehr als 20 lateinamerikanische Länder die "Panama-Konvention" unterzeichnet, in der die Schaffung des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems SELA proklamiert wird. Dieser Schritt stelle eine "wichtige Entwicklung der lateinamerikanischen Einheit gegen den Hegemonismus dar", meint Hsinhua (NCNA, 6.11.75). Durch die neue Wirtschaftsordnung sei nicht nur der alten Ordnung, sondern auch dem "sowjetischen Sozialimperialismus" ein harter Schlag versetzt worden. Die Agentur warnte dennoch vor zunehmender sowjetischer Infiltration. Lateinamerika dürfe nicht "den Tiger durch die Hintertür in dem Augenblick eindringen lassen, da der Wolf durch die Vordertür verjagt wird". Diese Tiger-Wolf-Formulierung ist bisher von Peking nur auf die asiatischen Länder angewandt worden.

AFRIKA

(9) Der Angola-Konflikt führt zu Geländegewinnen Pekings in Uganda

Seit einigen Monaten bereits ist der Angola-Konflikt Bestandteil des sino-sowjetischen Tauziehens geworden (Näheres C.a.

1975/Okttober, Ü 15).

Peking geht davon aus, daß die Spaltung in Angola voll und ganz das Ergebnis des heftigen Streits zwischen den zwei Supermächten, besonders aber das Ergebnis der verstärkten Aggression und Expansion seitens des sowjetischen Sozialimperialismus ist. Bekanntlich engagiert sich Moskau voll und ganz für die MPLA - und hat ihr auch laufend Waffen und Munition geliefert, während China die FNLA favorisiert, die Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) aber für die Anerkennung aller drei Befreiungsorganisationen, also zusätzlich auch der UNITA, eintritt.

Anfang November wandte sich die Sowjetunion in zwei Schreiben an den Vorsitzenden der OAU, den ugandischen Präsidenten Idi Amin. Sie erklärte in diesem Schreiben, sie könne den Entwicklungen in Angola nicht teilnahmslos zusehen und forderte den Vorsitzenden auf, für die MPLA Stellung zu beziehen.

Am 9. November nahm Amin in scharfer Form zu diesem "Einmischungsversuch" Stellung und wies das sowjetische Ansinnen zurück. Mit diesem Akt habe, wie Hsinhua (NCNA, 13.11.75) hervorhebt, Präsident Amin "die Unabhängigkeit Ugandas, die Würde der OAU und die Ehre der afrikanischen Völker verteidigt".

Inzwischen kam es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Uganda. Amin rief daraufhin alle in der Sowjetunion studierenden Ugander auf, in Kürze das Land zu verlassen, um ihre Studien in einem "englischsprachigen Land" fortzusetzen. Amin erklärte, die Sowjetunion werde es bedauern, ihre diplomatischen Beziehungen zu Uganda, einem ihrer besten Freunde in Afrika, abgebrochen zu haben.

Kurze Zeit später bereits traf eine chinesische Delegation in Uganda ein, die drei Wochen lang Industrieanlagen besichtigen und die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern prüfen will. China hat also die Gunst der Stunde genutzt.

Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß Peking im angolischen Bürgerkrieg ungleich vorsichtiger und zurückhaltender mitmischt als Moskau. Es ist nicht auszuschließen, daß Peking gegenwärtig überhaupt keine Waffen mehr an die FNLA liefert. Immerhin hat man die Erfahrung gemacht, daß die vorschnelle und einseitige Parteinahme Moskaus für die MPLA in vielen Ländern Afrikas Verärgerung verursacht hat. Auch geht der Riß des Angola-Konflikts quer durch die OAU. Bis Mitte November bereits hatten 11 afrikanische Länder die "Volksrepublik Angola", also den MPLA-Teilstaat, bereits offiziell anerkannt, unter ihnen Mozambique, Guinea-Bissau, Guinea-Konakry, Kongo-Brazzaville, Mali, Algerien, Äthiopien, Mauritius, Mauretanien, Sao Tome und Principe und die Capverdische Republik (NZZ, 14.11.75).

Auf der Seite des inzwischen zum Zweckbündnis zusammengeschlossenen FNLA-UNITA-Blocks stehen dagegen Frankreich, die USA, Südafrika, vor allem aber das benachbarte Zaire. China befindet sich also hier unter einer buntgewürfelten Gesellschaft, die es unmöglich mit Engagement unterstützen kann. Beste Verhaltensweise in dieser Situation ist Zurückhaltung in Taten und scharfe Stellungnahme in Worten.

Nach Meinung westlicher Beobachter ("Die Zeit", 21.11.75 S.6) bilden die Staaten Angola, Kongo-Brazzaville, Tansania, Uganda, Mozambique und Zambia einen soliden Sperrriegel.

Von hier aus könnten die südlichen Länder wie Rhodesien, Namibia und Südafrika, die letzten weißen Bastionen, unter Druck gesetzt werden.

Die Sowjetunion habe in das "Projekt Sperrriegel". deshalb nicht zu Unrecht hohe Summen investiert: Ganze Schiffsladungen mit Waffen, darunter 144-mm-Artillerie, Raketen, Luftabwehrgeschütze, Granatwerfer und gepanzerte Fahrzeuge sind an Land gebracht worden; eine Luftbrücke für den Nachschub aus der Sowjetunion wurde eingerichtet. Sogar von 100 sowjetischen Panzern vom Typ T-54 ist die Rede. Außerdem sollen in Kongo-Brazzaville mindestens 8 sowjetische MIG-21 samt ihren sowjetischen, kubanischen und algerischen Piloten zum Eingriff in den Bürgerkrieg zugunsten der MPLA ("Volksfront für die Befreiung Angolas") bereitstehen.

(10) Fertigstellung und probeweise Aufnahme des Verkehrs der Tansam-Bahn

Am 23. Oktober 1975 wurde der Abschluß der Schienenverlegearbeiten und die probeweise Aufnahme des Verkehrs auf der Tansam-Bahn mit einer Zeremonie in der neuen Bahnstation Kapiri Mposhi in der Zentralprovinz Zambia gefeiert. Die Verlegearbeiten waren im Juni 1975 abgeschlossen worden.

Die neue Bahnlinie hat eine Länge von über 1.860 km, davon auf tansanischem Gebiet etwa 979 km und ungefähr 884 km auf dem Territorium Zambias.

Im September 1967 hatten die Regierungen von China, Tansania und Zambia in Peking ein Abkommen über den Bau der Tansam-Bahn unterzeichnet. Im Oktober 1970 waren die Arbeiten aufgenommen worden. An hauptsächlichen Arbeiten mußten über 80 Mio. cbm Erde und Steinmassen bewegt, mehr als 2000 km Schienen verlegt, über 300 Brücken geschlagen, insgesamt über 8000 m Tunnel gebohrt, mehr als 2.200 Unterführungen ausgebaut bzw. gebaut, in Dar-Es-Salaam und in Mpika jeweils eine Lokomotiv- und Waggonreparaturwerkstätte ausgebaut bzw. neuerrichtet werden. Ferner waren fast 400.000 qm Wohnfläche zu bauen und Arbeiten für den Schutz der Bahndämme vorzunehmen (PRu 1975, Nr.45, S.16-18).

Die Tansam- oder "Uhuru"- (Suaheli-Wort für Freiheit, Unabhängigkeit) Bahn ist auch das teuerste Entwicklungsprojekt Afrikas: Die Kosten beliefen sich auf rd.320 Mio. US\$ für die Strecke und auf rd. 90 Mio. US\$ für das rollende Material. Das Geld wurde von China vorgeschossen und muß erst von 1983 ab in dreißig Jahresraten in konvertierbarer Währung oder durch Warenlieferungen zurückerstattet werden. Der Kredit ist außerdem zinslos und wird angesichts der Inflation über die Jahre und Jahrzehnte immer geringer.

Zeitweise waren neben bis zu 35.000 Afrikanern fast 20.000 Chinesen beim Bahnbau beschäftigt, die zwischendurch nach höchstens einem Jahr immer wieder ausgewechselt worden waren.

Tansania, mit Kenya und Uganda in der zerfallenden Ostafrikanischen Gemeinschaft noch aus der britischen Kolonialzeit verbunden, hatte bisher nur Bahnen mit der gemeinsamen Spur von 991 mm. Die Uhuru-Bahn aber hat die Spurweite von 1067 mm. Das ist die Spur des Bahnnetzes, zu dem Zaire, Zambia, Rhodesien, Angola, Mozambique, Botswana, Südwestafrika und Südafrika gehören. Mit dieser Bahn ist eine auch "politische" Weiche dafür ge-

stellt worden, daß sich Tansania von seinen ostafrikanischen Bindungen löst und Anschluß an das südliche Afrika findet. Daneben hatte die breite Spur auch den Vorteil höherer Belastbarkeit. Die Achslast auf der Uhuru-Bahn kann z.B. um die Hälfte größer sein als auf der "Meterspur" der "Ostafrikanischen Eisenbahnverwaltung" die Höchstgeschwindigkeit der Züge kann 100 statt 60 km in der Stunde betragen.

Besonders wirtschaftlich ist der Betrieb auf der Tansam-Bahn vorerst freilich noch nicht, denn die hohen Kosten müssen erst noch abgeschrieben werden. Außerdem hat Tansania die Umschlaggebühren im Hafen von Dar-Es-Salaam wenige Monate vor Eröffnung der Uhuru-Bahn vervierfacht. Zambia muß diese Kosten mit seinen Kupferlieferungen zum Teil aufbringen. Unter Umständen wird Zambia deshalb sogar dazu übergehen, die Bengula-Eisenbahn durch Zaire nach den angolanischen Atlantikhäfen zu benutzen, und wartet nun bereits ungeduldig auf die politische Wiedereröffnung des Weges durch Rhodesien.

Nach dem neuen Plan sollen täglich 9 Züge in jeder Richtung über die Uhuru-Bahn fahren. China liefert dafür die 102 Diesellokomotiven und 2000 Waggon. 9 Züge mit zambischem Kupfer können jedoch im Hafen von Dar-Es-Salaam noch nicht bewältigt werden. Die 12 Kaiplätze dort reichen schon jetzt nicht aus. Entweder gilt es also, Dar-Es-Salaam weiter auszubauen oder den kenyanischen Hafen Mombasa einzuschalten (FAZ, 24.10.75).

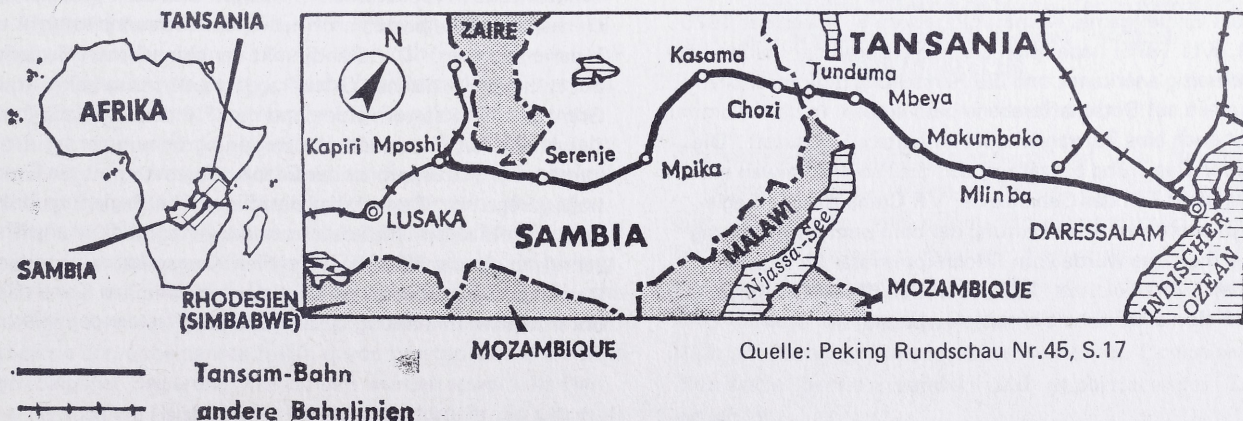
Das Projekt, vielfach als "ideologische Eisenbahn" bezeichnet, war in den sechziger Jahren zunächst der Weltbank vorgelegt worden, die aber wegen "Unrentabilität" ihre finanzielle Hilfe verweigerte. Die Chinesen achteten bei ihrem Bauangebot nicht auf wirtschaftliche, sondern vielmehr auf "politische" Gesichtspunkte: Zambia ist beispielsweise zu zwei Dritteln von Gebieten wie Mozambique, Angola und Rhodesien umgeben, die zur Zeit, als das Abkommen unterzeichnet wurde, noch "kolonial" geprägt waren. Außerdem versuchten die Chinesen, in Ostafrika einen Peking-Block entstehen zu lassen. Möglicherweise streben die Chinesen darauf hin, die Bildung eines Dreierbündnisses zwischen Zambia, Tansania und Mozambique zu unterstützen. Der von Kenya, Tansania und Uganda gebildete Block der "Ostafrikanischen Gemeinschaft" (EAC) würde damit endgültig zerfallen. Vor allem haben sich die wirtschaftlichen Systeme Kenyas und Tansanias in den letzten zehn Jahren ständig weiter voneinander entfernt. Im liberalen Kenya ent-

stand eine kapitalistische Wirtschaft mit engen Bindungen an Großbritannien, die Bundesrepublik, die USA und die Schweiz. Im sozialistischen Tansania wurde die Wirtschaft zu mehr als 90% verstaatlicht. Nairobi beschuldigte die tansanische Führung, sie arbeite mit subversiven Untergrundgruppen zusammen, die den Sturz Kenyattas wollten. Unterschiede zwischen beiden Ländern ergeben sich auch dadurch, daß der jährliche Durchschnittslohn eines Kenyaners bei 2500 DM, der eines Tansaniers bei 1600 DM liegt. Durch den Tourismus ferner nimmt Kenya mehr als doppelt soviel ein wie Tansania. Auch die Industrialisierung ist in Kenya schneller vorangekommen.

Im Jahre 1967 schienen die Weichen noch anders gestellt zu sein: Damals waren im Rahmen der Ostafrikanischen Gemeinschaft die Eisenbahnen, Häfen und Fluglinien Kenyas, Ugandas und Tansanias unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt worden. Die Arbeit des EAC-Hauptquartiers wurde von allen drei Ländern mit jährlich 20 Mio. DM finanziert.

Inzwischen hat Tansania gedroht, die Eisenbahnsysteme im Lande unter die Kontrolle Dar-Es-Salaams zu stellen. Außerdem schlossen die Tansanier mit der Frelimo-Regierung in Mozambique weitreichende Wirtschafts- und Handelsabkommen, die auch in Kenya als Neuorientierung der tansanischen Außenpolitik verstanden werden. Hinzu kommen die permanenten Auseinandersetzungen mit dem EAC-Partner Uganda, dessen Amin-Regime in Tansania mit allen Mitteln bekämpft wird. Für das Schicksal der EAC hat sich inzwischen herumgesprochen, daß sie "wie eine Ehe in die Brüche gegangen ist. Jeder weiß, daß Schluß ist, man ist sich nur noch nicht über den Scheidungstermin im klaren" (W. Lützenkirchen, in "Die Welt", 15.10.1975).

Peking hat mit seiner Unterstützung sicher aber auch den wirtschaftlichen Gesichtspunkt nicht ganz vergessen. Immerhin ist das Binnenland Zambia der drittgrößte Kupferproduzent der Welt. Die Chinesen, die das Projekt um zwei Jahre vorzeitig fertiggestellt hatten, wurden immer wieder wegen ihrer Selbstlosigkeit gelobt. Der zambische Vizepräsident Kawawa drückt dies so aus: "Dies Projekt demonstriert, wie die drei Entwicklungsländer zusammenarbeiten und gemeinsam wirtschaftliche und technische Probleme lösen können, von denen gesagt wurde, sie seien ohne ungeheure Kosten nicht zu bewältigen. Darüber hinaus hat diese Bahnlinie die Völker Zambias, Tansanias und Chinas zusammengeschmiedet." (PRu 1975 Nr.45, S.16 ff.)



ASIEN

(11) China unterstützt die neue Führung in Bangla Desh

Peking hat der neuen Regierung in Bangla Desh seine volle Unterstützung zugesichert. Es wolle den neuen Staatschef Sayem ebenso unterstützen wie seinen Vorgänger Mushtaq (NCNA, 10.11.1975). China hatte Mushtaq, der im August Ministerpräsident Mujibur Rahman gestürzt hatte, unmittelbar nach der Amtsübernahme anerkannt. Andererseits hatte die Volksrepublik die Gründung des Staates Bangla Desh im Jahre 1971 scharf kritisiert, da es das Territorium des neuen Staates als zu Paki stan, dem besten Verbündeten Chinas auf dem Subkontinent, gehörig betrachtete und außerdem eine enge Parallele zwischen dieser Staatsgründung und der Etablierung von Manchu-kuo im Jahre 1932 zu erkennen glaubte. Hier wie dort seien Marionettenregimes von außen eingesetzt worden: in Manchu-kuo von den Japanern, in Bangla Desh von den mit der Sowjetunion verbündeten Indern.

Nachdem das neue Bangla Desh von der Politik Mujiburs, sich eng an Indien anzulehnen, abgerückt ist, sind seine Sympathien in Peking schnell angewachsen.

(12) Besuch des birmanischen Staatspräsidenten in Peking

Vom 11. bis 15. November"stattet der Präsident der Sozialistischen Republik der Union Birma und Staatsratsvorsitzender, U Ne Win, der Volksrepublik China auf Einladung von Chu Teh, dem Vorsitzenden des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, und des Staatsratsvorsitzenden Chou En-lai einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Der birmanische Präsident wurde von mehreren Tausend Bewohnern der chinesischen Hauptstadt herzlich willkommen geheißen."

So lautete die Ankündigung der Agentur "Neues China" (NCNA, 11.11.1975) zu Ne Wins zweitem Staatsbesuch seit der Kulturrevolution. Der erste Besuch hatte 1971 stattgefunden.

Dem birmanischen Staatschef wurde diesmal genauso wie bei seinem ersten Besuch höchste protokollarische Ehrung zuteil. Er traf nicht nur mit den höchsten Repräsentanten des Staates, sondern vor allem auch mit Parteichef Mao Tse-tung zu einem fast zweistündigen Gespräch zusammen.

(Thema dazu in diesem Heft).

(13) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der Pazifik-Republik Fiji

Durch ein Gemeinsames Kommuniqué vom 5. November 1975 (NCNA, 5.11.1975) haben sich die Regierungen der beiden Länder gegenseitig anerkannt und die Herstellung diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene beschlossen. In dem Kommuniqué ist auch eine Taiwan-Klausel enthalten. Sie lautet: "Die chinesische Regierung bekräftigt, daß die Provinz Taiwan ein unabdingbarer Teil des Gebietes der VR China ist. Die Regierung Fijis anerkennt diese Haltung der chinesischen Regierung". Das Kommuniqué wurde vom "Hochkommissar für Fiji in Australien" unterzeichnet. Fiji war erst 1970 von Großbritannien aus der Kolonialherrschaft entlassen worden.

(14) Stellungnahme zu den Vorgängen in Osttimor

In Osttimor gibt es drei politische Parteien, die alle 1974 nach dem Staatsstreich in Portugal gegründet wurden, um das von den portugiesischen Behörden betriebene Referendum über die Selbstbestimmung Osttimors zu organisieren.

- Die FRETILIN tritt für die sofortige Unabhängigkeit ein und wird offensichtlich von der Mehrheit des Volkes unterstützt.

- Die UDT ist für die Aufrechterhaltung enger Bindungen mit Portugal, da sie meint, daß in Osttimor die Bedingungen für eine wirkliche Unabhängigkeit zur Zeit nicht gegeben sind und daß die Unabhängigkeit schrittweise verwirklicht werden soll.

- Die dritte Partei, die Demokratische Vereinigung des Volkes von Timor (APODETI), tritt dafür ein, daß Osttimor der Republik Indonesien einverleibt werden soll.

- Unter Ausnutzung der drastischen Veränderungen in Portugal inszenierte die UDT am 11. August 1975 einen Putsch, besetzte für einige Zeit das Polizeibüro, die Radiostation, den Hafen und den Flughafen Dili und versuchte, eine Regierung unter ihrer Führung zu bilden (vgl. PRu 1975 Nr.43, S.22).

Die VR China empfindet offensichtlich Sympathie für FRETILIN (vgl. ebd.) und wendet sich gegen die Angliederung Osttimors an Indonesien. Sie unterstützt also auch hier das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, das sie durch die FRETILIN am besten vertreten glaubt.

Die Insel Timor hat insgesamt eine Fläche von 14.925 qkm und ungefähr 660.000 Einwohner. Die westliche Hälfte der Insel ist Teil Indonesiens. Nach Osttimor waren die ersten Portugiesen bereits vor 500 Jahren gekommen. 1859 schlossen Portugal und die Niederlande einen Vertrag, der die Insel neu aufteilte, und zwar mit dem Ergebnis, daß der Osten zu Portugal, der Westen dagegen zu Niederländisch-Indien gehören sollte. Indonesien hat das Erbe des Vertrages angetreten.

(15) Indisch-chinesischer Zwischenfall im Himalaya-Gebiet: Vier indische Soldaten getötet

Am 20. Oktober 1975 wurden vier indische Soldaten bei einem Feuergefecht mit chinesischen Posten getötet. Peking und New Delhi geben dazu verschiedene Versionen. Das indische Außenministerium besteht darauf, daß etwa 40 chinesische Soldaten auf indisches Gebiet eingedrungen seien und dort das Feuer auf eine indische Patrouille eröffnet hätten.

In der von der Nachrichtenagentur Hsinhua (NCNA, 3.11.1975, vgl. auch PRu 1975 Nr.45, S.3,14) verbreiteten Erklärung eines Sprechers des chinesischen Außenministeriums heißt es dagegen, indische Soldaten seien nach Tibet eingedrungen, hätten dort "wiederholte Provokationen" begangen und das Feuer auf die chinesischen Zivilposten eröffnet. Diese hätten in Notwehr vier Inder erschossen. "Der Standpunkt der chinesischen Regierung zur chinesisch-indischen Grenzfrage ist jedermann bekannt. Um Grenzkonflikte zu vermeiden und den Frieden an der Grenze zu wahren, hat die chinesische Regierung sich immer für die Erhaltung des Status quo an der Grenze eingesetzt, bis die Grenzfrage geregelt ist. Deshalb hat die chinesische Regierung ihrerseits eine Reihe von Maßnahmen auf eigene Initiative ergriffen. Jahrelang hat das Personal des zivilen Kontrollpunktes seinen Dienst auf der chinesischen Seite der tatsächlichen Kontrolllinie unter strikter Einhaltung dieses Standpunktes der chinesischen

Regierung getan. Sie hoffen, daß die indische Regierung wirksame Maßnahmen gegen die Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle in der Zukunft treffen wird."

Der Zwischenfall hat zu einem neuen Tiefpunkt der Beziehungen zwischen beiden Staaten geführt. Die sowjetische Regierungszeitung *Iswestija* sprach von einem "gefährlichen Zwischenfall", der einmal mehr die angeblich aggressiven Absichten Chinas gegenüber seinem südlichen Nachbarn bestätige.

In dem etwa 3.500 km langen Grenzgebiet zwischen China und Indien soll es bereits im September - und zwar im Dreiländereck Indien-China-Nepal - zu einem blutigen Zwischenfall gekommen sein. Wegen des Ausnahmezustandes in Indien sei jedoch die Regierung in New Delhi nicht an einer Bekanntgabe der Grenzverletzung interessiert gewesen. Auch Nepal habe geschwiegen, um die Beziehungen zu Peking nicht zu belasten (FR und Welt, 3. 11.1975).

Die chinesische Darstellung ist konkreter als die indische. Der Regierungssprecher in New Delhi wollte "aus wohlwollenden Gründen" nicht bekanntgeben, an welchem Grenzabschnitt sich der Zwischenfall zugetragen habe. Die Frage, ob der Schauplatz das Fürstentum Sikkim gewesen sei, das letztes Jahr von Indien annektiert wurde, beantwortete er verneinend. Aus einer Darstellung der *Times of India* ist zu entnehmen, daß der Zwischenfall an einer "empfindlichen Stelle" stattgefunden habe. Die Zeitung deutet an, die chinesische "Inkursion" stehe im Zusammenhang mit der Tätigkeit "aufständischer Elemente" in Indien. Demnach wäre zu vermuten, daß der Schauplatz im Nordosten liegt, und zwar in der Nähe des Länderdreiecks von China, Indien und Birma. Wie allgemein bekannt, werden die dortigen separatistischen Bewegungen der Bergvölker Nagas und Misos seit Jahren von China unterstützt. Hat es sich bei den von China behaupteten "Inkursionen" um eine Verfolgungsaktion von indischer Seite aus gehandelt? Dies würde auch erklären, daß die vier Toten von den Chinesen "zurückgegeben" werden mußten; denn es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß die vier Leichname erst auf chinesisches Gebiet transportiert wurden, ehe sie dann später wieder an die indische Armee ausgeliefert wurden. Dies behauptet auch Delhi nicht.

(16) Anspruch auf die Archipele im Südchinesischen Meer bekräftigt

Am 24. November veröffentlichte die chinesische Zeitung *Kuang-ming jih-pao* einen langen Artikel von Ho Ti-chu zum Thema "Die Archipele im Südmeer sind seit alter Zeit chinesische Territorien". In diesem Artikel werden zahlreiche historische, archäologische und ethnische Quellen angeführt, um zu beweisen, daß die Archipele zunächst von Chinesen entdeckt, erschlossen und beherrscht worden seien. Es handelt sich dabei um die vier Inselgruppen Tungsha (die Parats), Hsisha (die Paracelen), Chungsha (die Macclesfieldbank) und Nansha (die Spratleys). In Zweiten Weltkrieg wurden die Inselgruppen von Japan besetzt und nach dem Krieg von der nationalchinesischen Regierung übernommen. Während des chinesischen Bürgerkrieges verlor diese dann die Hsisha- und Chungsha-Inseln an die kommunistische chinesische Regierung, wohingegen die Tungsha- und Nansha-Inseln bislang noch unter nationalchinesischer Kontrolle sind. Auf die Nansha-Inseln erheben die Philippinen territorialen Anspruch, und 1970 haben sie drei unbemannte Inseln davon besetzt. Von der ehemaligen Saigoner Regierung Südvietnams wurden sowohl die Nansha- als auch die Hsisha-Inseln für sich beansprucht. So gab es im

Januar 1974 zwischen Saigon und Peking einen bewaffneten Konflikt, wobei nach der Niederlage beim Hsisha-Konflikt Saigon einige Inseln von Nansha besetzte. Damals wurde seitens Hanoi und der Provisorischen Revolutionsregierung in Südvietnam die Gewaltanwendung verurteilt und die Hoffnung auf eine Lösung der Probleme durch Verhandlung geäußert; das heißt, daß der Anspruch der ehemaligen Saigoner Regierung auf die Inseln ebenfalls nicht verneint wurde. Nach dem Sturz der Thieu-Regierung übernahmen Hanoi und die Provisorische Revolutionsregierung den von Saigon besetzten Teil der Nansha-Inseln. Noch heute gelten die Inseln zwischen China und Vietnam als umstrittenes Problem.

Um den Keil zwischen Peking und Hanoi noch tiefer zu treiben, veröffentlichte die "Prawda" am 22. November einen Artikel, in dem der Verfasser dem chinesischen Anspruch auf die Paracel-Inseln widerspricht und den Paracel-Inseln-Konflikt als einen Akt chinesischer Expansion bezeichnet. Der Artikel der chinesischen *Kuang-ming jih-pao*, der auch in der Pekinger "Volkszeitung" (JMJP) am 25. November erschien, ist offenbar eine unmittelbare Reaktion auf die Provokation der "Prawda". Nur indirekt richtet er sich auch an die Adresse Hanoi.

Bislang werden alle obengenannten Archipele im Südchinesischen Meer in den Atlanten der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder als chinesische Territorien bezeichnet. Außerdem hat die Sowjetunion 1951 auf der Friedenskonferenz von San Francisco, an der weder die chinesische Regierung in Peking noch die Taiwans teilnehmen konnten, für den Anspruch der Volksrepublik China auf die Inselgruppen gesprochen (vgl. *Kuang-ming jih-pao* 24.11.1975; JMJP 25.11.1975; *Ta-Kung-Pao* 26.11.1975; C.a. 1974/Febr.; C.a. 1975/Nov. Ü 17).

(17) Sino-sowjetisches Tauziehen um Indochina: Reislieferungen

Die VR China hat in Thailand 200.000 t Reis bestellt, die als chinesische Hilfslieferungen an indochinesische Länder weitergeliefert werden sollen. Auch die Sowjetunion schickte eine Delegation nach Bangkok, um Reis für nicht näher bezeichnete Staaten Indochinas einzukaufen (BfA/NfA, 26.11.1975).

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(18) Wie können sich die Länder der Dritten Welt gegen den "Hegemonismus der Supermächte auf wirtschaftlichem Gebiet" wehren?

(Aus PRu 1975 Nr.39, S.25)

In vielen Entwicklungsländern hat die Rohstoffproduktion einen großen Anteil an der Volkswirtschaft. Sie exportieren vor allem Primärprodukte. Um der Praxis der Supermächte zu begegnen, die Rohstoffpreise zu drücken und die Wirtschaftskrise auf sie zu überwälzen, haben die Entwicklungsländer durch Konsultationen nacheinander eine Reihe von Organisationen Rohstoffe produzierender und exportierender Länder errichtet.

(IBA)		Jugoslawien, Ghana, Haiti, Dominikanische Republik u.a.
Allianz der Kakao- produzenten (COPAL)	Mai 1962	Ghana, Nigeria, Elfenbeinküste, Kamerun, Brasilien, Togo
Organisation Quecksilber produzierender Länder	Mai 1974	Algerien, Türkei, Mexiko, Jugoslawien u.a.
Vereinigung Eisenerz exportierender Länder	April 1975	Algerien, Brasilien, Chile, Indien, Mauretanien, Peru, Sierra Leone, Tunesien, Venezuela u.a.
Vereinigung Wolfram produzierender Länder	April 1975	Bolivien, Peru, Thailand u.a.
Weltvereinigung für Phosphate	1975	Marokko, Algerien, Tunesien, Senegal, Togo
Organisation Afrikanischer Ölsamenproduzenten	August 1974	Algerien, Burundi, Dahome, Elfenbeinküste, Mali, Nigeria, Senegal, Sudan, Gambia, Tschad, Obervolta, Zaire
Interafrikanische Organisation für Forstwirtschaft und Nutzholzhandel	Mai 1975	Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Gabun, Ghana, Äquatorial-Guinea, Elfenbeinküste, Liberia, Madagaskar, Tansania, Zaire
Vereinigung der Nutzholzproduzenten Südostasiens	Dezember 1974	Malaysia, Indonesien, Philippinen
Union Bananexportierender Länder (UPEB)	September 1974	Panama, Kostarika, Honduras, Guatemala, Kolumbien u.a.
Gruppe Lateinamerikanischer und Karibischer Zuckerexportierender Länder	November 1974	Argentinien, Barbados, Brasilien, Kolumbien, Kostarika, Kuba, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Guyana, Honduras, Jamaika, Mexiko, Nikaragua, Panama, Paraguay, Peru, Trinidad und Tobago, Venezuela
Organisation Erdöl-exportierender Länder (OPEC)	September 1960	Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Venezuela, Katar, Indonesien, Libyen, Vereinigte Arabische Emirate, Algerien, Nigeria, Gabun, Ecuador
Interafrikanische Kaffee - Organisation (IACO)	Dezember 1960	Burundi, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Dahome, Äthiopien, Gabun, Elfenbeinküste, Madagaskar, Nigeria, Rwanda, Sierra Leone, Tansania, Togo, Uganda, Zaire u.a.
Vereinigung Naturkautschuk produzierender Länder (ANRPC)	1970	Malaysia, Singapur, Indonesien, Thailand, Sri Lanka u.a.
Regierungsrat Kupferexportierender Länder (CIPEC)	Juni 1967	Chile, Peru, Sambia, Zaire
Internationale Bau- xit-Vereinigung	März 1974	Jamaika, Guyana, Surinam, Guinea, Sierra Leone,

(19) Offizielle Ankündigung zu den Aktivitäten des "Radio Peking"

"Radio Peking" ist die Rundfunkstation der Volksrepublik China für die ganze Welt.

"Radio Peking" sendet in 38 Sprachen für alle Erdteile. Die tägliche Sendezeit all seiner Sender beträgt insgesamt über 140 Stunden.

Für Asien: Bengali, Burmesisch, Englisch, Französisch, Hindi, Indonesisch, Japanisch, Kambodschanisch, Koreanisch, Laotisch, Malaisch, Mongolisch, Nepalesisch, Paschtu, Russisch, Singhalesisch, Tagalog, Tamil, Thai, Urdu, Vietnamesisch und Esperanto;

für Afrika und Westasien: Arabisch, Englisch, Französisch, Hausa, Italienisch, Persisch, Portugiesisch, Spanisch, Suaheli und Türkisch;

für Europa: Albanisch, Bulgarisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Serbokroatisch, Spanisch, Tschechisch und Esperanto;

für Ozeanien: Englisch.

"Radio Peking" bringt täglich neben Nachrichten, Kommentaren und Berichten Sendereihen wie: "China im Aufbau", "In der Volkskommune", "Kultur Chinas", "Musik Chinas" und "Hörerbriefkasten".

Wir freuen uns sehr, wenn Sie die Sendungen von "Radio Peking" verfolgen. Ihre kritischen Bemerkungen und Ihre Anregungen zum Programm sind uns stets willkommen. Bitte schreiben Sie uns und teilen Sie uns mit, ob Sie unsere Sendungen gut empfangen können. Fordern Sie unsere kostenlosen Sendepäne an.

Die Anschrift lautet: Radio Peking, Peking, China.

Programm in deutscher Sprache:

MEZ	kHz	Meterband
19.00 - 20.00	6920	43,3
	7010	42,7
<hr/>		
21.00 - 22.00	7780	38,5

(PRu 1975 Nr.42, S.24)